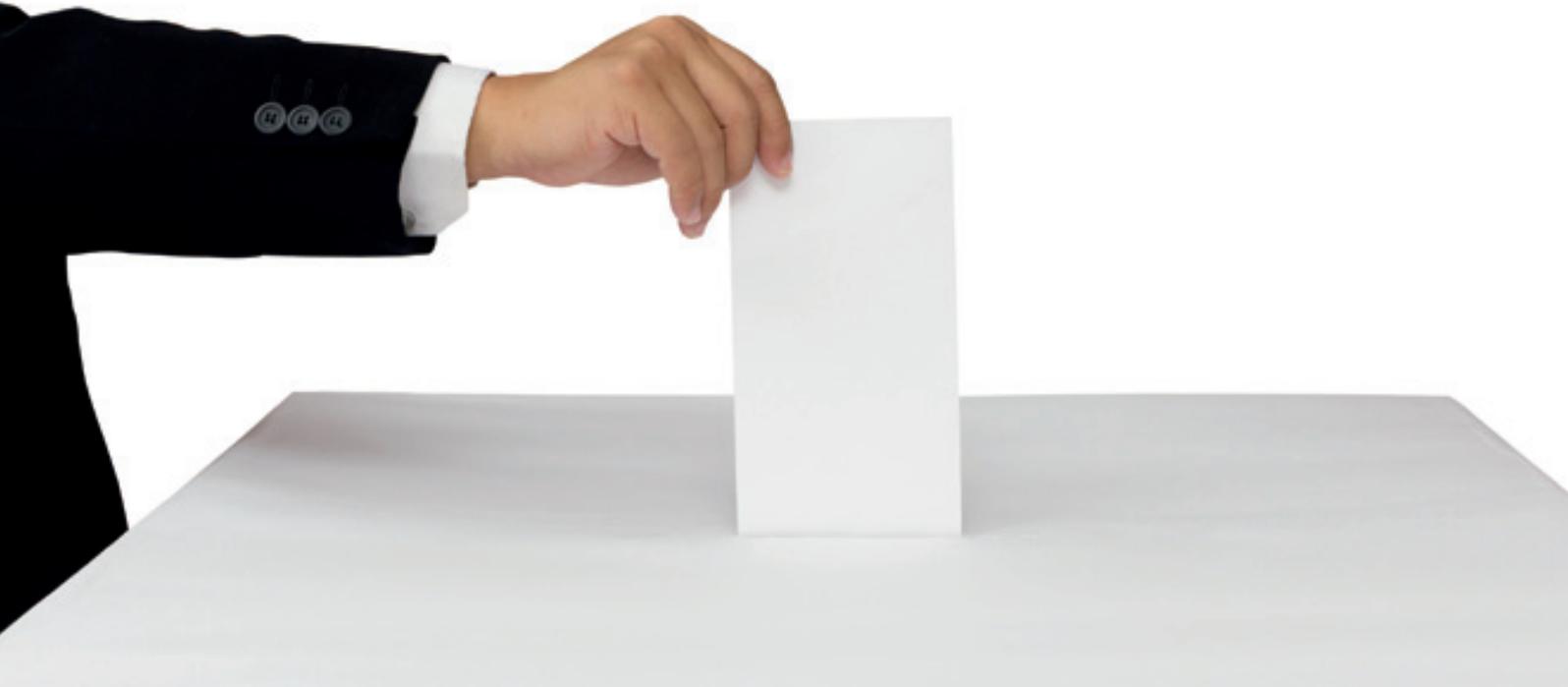


Programm zu den Landtags- und Bezirkswahlen 2013



1. Infrastruktur verbessern
2. Gute Arbeit in der Oberpfalz
3. Starke Oberpfalz nur mit starken Frauen
4. Beste Bildung in der Oberpfalz
5. Politik für junge Menschen
6. Soziale Politik in der Oberpfalz
7. Politik für eine älter werdende Gesellschaft
8. Ländlicher Raum in der Oberpfalz
9. Umwelt und Energiewende
10. Kommunen stärken
11. Sicher leben in der Oberpfalz
12. Kein Platz für Rechtsextremisten in der Oberpfalz
13. Kunst und Kultur in der Oberpfalz
14. Christian Ude und die SPD wählen!



Programm der OberpfalzSPD zu den Wahlen 2013

Die Oberpfalz ist auf einem guten Weg zu einer zukunftsfähigen Region in der Mitte Europas. Sie hat jahrzehntelang unter der Randlage zu Osteuropa, der verkehrsmäßig schlechten Erschließung, dem Wegbrechen traditioneller Industriebranchen (Stahl, Textil- und Bekleidung, Keramik, Glas etc.) und der damit einhergehenden Abwanderung junger, qualifizierter Arbeitskräfte gelitten, den Kampf gegen die Errichtung einer atomaren WAA in Wackersdorf gewonnen und die mit der Grenzöffnung entstandenen Chancen genutzt. Jetzt sind gute Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Oberpfalz zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Drehscheibe in der Mitte Europas wird.

Trotz aller Erfolge ist es weiterhin erforderlich, dass gezielte Strukturpolitik betrieben wird und dass die Fördermöglichkeiten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, auch im Bereich der Touristik, erhalten bleiben.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken und lag teilweise unter dem Landesdurchschnitt. Dennoch dürfen die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere die Zahl ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zugenommen hat, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen verfestigt, dass viele ältere Arbeitslose nicht mehr vermittelt werden können, dass viele Arbeitsplätze in der Oberpfalz wegen ihrer Exportabhängigkeit krisengefährdet sind, dass der Dienstleistungssektor in der Oberpfalz nach wie vor unterdurchschnittlich ausgeprägt ist und dass es auch in der Oberpfalz viele Menschen gibt, die von ihrer Arbeit nicht vernünftig leben können.



Die Verwaltungsreform der Staatsregierung und die Finanzprobleme der Kommunen haben dazu geführt, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut wurden. Die Verlagerung des Amtes für ländliche Entwicklung von Regensburg nach Tirschenreuth kann diesen Trend nicht stoppen. Andererseits sind neue hochqualifizierte Arbeitsplätze an der Universität, den universitätsnahen Einrichtungen und an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften entstanden. Dennoch fehlen qualifizierte Arbeitsplätze, insbesondere in der nördlichen Oberpfalz, so dass nach wie vor Anstrengungen unternommen werden müssen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Folgen des demographischen Wandels sind in der Oberpfalz bereits spürbar. Die Zahl der über 65-jährigen hat in den letzten Jahren wegen der erfreulich gestiegenen Lebenserwartung deutlich zugenommen, wohingegen die Zahl der Geburten drastisch zurückgegangen ist. Die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung stellt viele Kommunen, insbesondere im nordöstlichen Teil der Oberpfalz, vor große Herausforderungen, weil sie sich auf die Bedürfnisse von mehr älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einstellen und die Infrastruktur auch bei einem Rückgang der Gesamtzahl der Bevölkerung aufrechterhalten müssen.

Während der Rückgang der Bevölkerung in einigen Gebieten der nördlichen und mittleren Oberpfalz bereits signifikant in Erscheinung tritt, steigt die Bevölkerung im Großraum Regensburg nach wie vor an.



Für den Bau weiterer Autobahnen in der Oberpfalz gibt es keine Notwendigkeit. Es geht aber darum, den Autobahnknoten Regensburg und die Autobahn A 3 Nürnberg-Passau im Raum Regensburg dem Bedarf entsprechend auszubauen und an den bestehenden Autobahnen den Lärmschutz zu verbessern. Dies trifft auch auf die Bundesstraßen zu. Der Bau von Ortsumgehungen duldet keinen Aufschub mehr.

Der Zustand der Staatsstraßen und von Brückenbauwerken an und über Staatsstraßen ist in vielen Landkreisen jämmerlich schlecht. Die Staatsregierung nimmt in Kauf, dass die Substanz immer schlechter wird und dass die Lasten der Sanierung in die Zukunft verschoben werden.

Beim bedarfsgerechten Ausbau der Schieneninfrastruktur bestehen nach wie vor große Defizite. Wir wollen, dass die Oberpfalz möglichst schnell eine umsteigefreie Fernverkehrsanbindung an den Flughafen München erhält und dass die Trasse Regensburg – Hof, nicht nur im Interesse des Güterverkehrs, endlich elektrifiziert wird. Der Ausbau und die Elektrifizierung der Trasse Nürnberg – Amberg – Schwandorf dient sowohl der besseren Anbindung der Oberpfalz an die Metropolregion als auch als Zulaufstrecke zum Schienekorridor München – Prag über Schwandorf und ist Voraussetzung dafür, dass die Nutzung der Bahn für Fahrten nach Prag attraktiv wird und mehr Güter auf die Schiene verlagert werden können.

Für alle Ausbaumaßnahmen gilt, dass parallel zum Ausbau auch Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Teile der nördlichen Oberpfalz gehören der Metropolregion Nürnberg an und profitieren von den damit einhergehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur und des Marketings. Dennoch muss die Oberpfalz insgesamt ein eigenständiges Profil entwickeln. Das Regionalmarketing Oberpfalz leistet hierfür gute Arbeit. Wir begrüßen den Zusammenschluss der bayerischen Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern mit angrenzenden Regionen in der Tschechischen Republik und in Österreich zur Donau-Moldau-Region und sehen darin die Chance, der Region innerhalb der EU neben den Metropolregionen mehr Gewicht zu verschaffen.

Wir wollen die Oberpfalz so attraktiv und lebenswert gestalten und erhalten, dass niemand mehr gezwungen ist, abzuwandern. Deshalb treten wir für beste Bildung in der Oberpfalz, für eine Oberpfalz mit sozialem Gesicht, für die Stärkung des ländlichen Raums und der Selbstverwaltungskraft der Gemeinden und Landkreise, für ein hohes Maß an innerer Sicherheit und dafür ein, dass sich Kunst und Kultur in der Oberpfalz weiter entwickeln können.

Die OberpfalzSPD ist auf allen politischen Ebenen, von den Gemeinden bis zum Europäischen Parlament, vertreten und will zusammen mit allen politischen Akteuren, den Verbänden, Vereinen und allen Organisationen sowie den engagierten Oberpfälzerinnen und Oberpfälzern ihren Beitrag zur weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen in der Oberpfalz leisten.

Als Ergänzung zu den Wahlprogrammen der SPD auf Bundes- und Landesebene haben wir im Folgenden zusammengetragen, was wir in den kommenden Jahren für besonders wichtig für die Oberpfalz erachten:

1. Infrastruktur verbessern

Während der Regierungszeit der SPD in Berlin sind wichtige Fernstraßenprojekte in der Oberpfalz nach jahrelangem Stillstand auf den Weg gebracht worden. Die A 6 ist durchgängig von Amberg-Ost bis Waidhaus fertiggestellt und die Einhausung der A 93 in Regensburg konnte abgeschlossen werden. Notwendig ist es, die Verkehrsprobleme im Raum Regensburg durch weiträumige Umfahrungen und einen sechsstreifigen Ausbau der A3 zu beheben und den Lärmschutz an den vorhandenen Autobahnen zu verbessern.

Der Bundesverkehrswegeplan ist chronisch unterfinanziert. Wir treten deshalb dafür ein, dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass die Oberpfalz gegenüber anderen Regierungsbezirken nicht benachteiligt wird. Wir halten den Ausbau vorhandener Bundesstraßen und den Bau von Ortsumgehungen für vordringlich und verlangen, dass der Freistaat Baurecht schafft.



Viele Staatstraßen und Brückenbauwerke in Verantwortung der Staatsstraßenverwaltung sind in einem sehr schlechten Zustand, weil die Mittel für den Straßen- und Brückenunterhalt über Jahrzehnte hinweg gekürzt worden sind. Von den 1940 km Staatsstraßen in der Oberpfalz sind fast ein Drittel, nämlich 632 km, grundlegend sanierungsbedürftig. Die Kosten der Sanierung sollen in die Zukunft verschoben werden, wodurch nicht nur die Kosten steigen, sondern auch die Verkehrssicherheit leidet. Wir treten deshalb für eine zügige Sanierung der Staatsstraßen und Brückenbauwerke ein. Der gemeindliche Straßenbau muss weiterhin staatlich gefördert werden.

Mit der Zunahme des Verkehrs und dem Ausbau von Straßen steigt auch die Notwendigkeit des Baus von Lärmschutzmaßnahmen. Der Freistaat ist gefordert, parallel zu Ausbaumaßnahmen auch Lärmschutzmaßnahmen vorzunehmen.

Genauso wichtig wie der Straßenbau ist der Ausbau des Schienenverkehrs, zumal noch nie so viele Menschen mit der Bahn gefahren sind wie in den letzten Jahren. Die SPD-geführten Bundesregierungen hatten beträchtliche Mittel für Investitionen in den Schienenverkehr bereitgestellt. Trotz jahrzehntelanger Planungen fehlt immer noch eine umsteigefreie Schienenfernverkehrsanbindung der Oberpfalz an den Flughafen München. Für uns hat die Realisierung dieses Projekts Priorität. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Regensburg – Hof und der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Nürnberg – Amberg – Schwandorf – Furth i.W. sind strukturell dringend geboten, um die Qualität und Kapazität dieser Strecken zu erhöhen und mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Nachdem die Deutsche Bahn AG die Bedeutung dieser Maßnahmen erkannt hat, erwarten wir von der Bundesregierung und der Staatsregierung, dass die Ausbaumaßnahmen in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen werden und eine zeitnahe Realisierung ermöglicht wird. Zur Vermeidung von Verzögerungen müssen von Beginn der Planungen an auch Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden.

Der Freistaat ist gefordert, die ihm vom Bund überlassenen sog. Regionalisierungsmittel tatsächlich für die Verbesserung des Schienenverkehrs in den Regionen zu verwenden und die Umsteigemöglichkeiten von der Straße auf die Schiene durch die Förderung des Baus von park-and-ride-Anlagen zu verbessern.

Dass nur wenige Bahnhöfe in der Oberpfalz barrierefrei und behindertengerecht ausgebaut sind, ist ein Ärgernis und widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention. Das 13-Punkte-Programm der Staatsregierung zum Ausbau von Bahnhöfen reicht bei weitem nicht aus, zumal damit überwiegend der barrierefreie Umbau



von S-Bahnstationen in München und Nürnberg gefördert werden sollen. Der SPD-Landesparteitag hat deshalb im Juli 2012 in Amberg die Auflegung eines Sonderprogramms "Barrierefreies Bayern" gefordert.

Der öffentliche Personennahverkehr auf der Straße muss angesichts einer alternden Bevölkerung und des demographisch bedingten Rückgangs des Schülerverkehrs auch außerhalb der größeren Städte in der Oberpfalz erhalten bleiben und barrierefrei ausgebaut werden. Der Freistaat ist zusammen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten verpflichtet, den ÖPNV bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Auch Radfahren ist ein wichtiger Teil des Verkehrssystems. Wir unterstützen deshalb die Anlegung von Radwegen sowohl innerhalb der Städte und Gemeinden als auch überörtlich und streben die weitere Vernetzung der bereits vorhandenen Radwege über die Grenze hinweg in die Tschechische Republik an. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte die Bedeutung des Fahrradverkehrs erkannt und einen sog. "Nationalen Radverkehrsplan" vorgelegt. Wir treten in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass die damit verbundenen Chancen zum Ausbau von Radwegen auch weiterhin ergriffen werden.

Zur Infrastruktur gehören auch Post- und Telekommunikationsdienstleistungen. Die Staatsregierung hat fast ein Jahrzehnt lang verkannt, dass der Ausbau des DSL-Netzes zur schnellen Datenübertragung einen Teil der Daseinsvorsorge darstellt. Mit dem nun vorgelegten Förderprogramm können die Versäumnisse der Vergangenheit nicht wettgemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die BAB A 3 im Raum Regensburg baldmöglichst sechsstreifig ausgebaut wird,
- die Bundesstraßen in der Oberpfalz, insbesondere
 - die B 85 östlich von Schwandorf vierspurig,
 - die B 85/B20 von Cham zur tschechischen Grenze dreispurig,
 - die B 85 zwischen Sulzbach-Rosenberg und Schwandorf dreispurig und
 - die B 16 zwischen Nittenau und Regensburg weiter ausgebaut werden,
- beim Ausbau von Bundesfernstraßen Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden,
- an hochbelasteten Bundesfernstraßen nachträglich Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden,
- der Ausbau von Park- und Rastmöglichkeiten entlang der Aurtobahnen und Bundesstraßen in der Oberpfalz vorangetrieben wird,
- der Ausbau- und Sanierungsstau bei Staatsstraßen und Brückenbauwerken baldmöglichst angepackt wird,
- eine umsteigefreie Schienenverkehrsanbindung der Oberpfalz an den Flughafen München geschaffen wird,
- die Bahnstrecken Hof – Regensburg und Nürnberg – Amberg – Schwandorf – Furth i.W. ausgebaut und elektrifiziert werden,
- die Donauachse Nürnberg-Regensburg-Passau ausgebaut wird,
- die Regionalisierungsmittel des Bundes bestimmungsgemäß für die Verbesserung des Regionalverkehrs verwendet werden,
- die Schalterdienste an den Bahnhöfen erhalten und nicht noch weiter durch Automaten ersetzt werden,
- die Bahnhöfe in der Oberpfalz in der Reihenfolge ihrer Verkehrsbedeutung barrierefrei und behindertengerecht umgebaut werden,
- der ÖPNV in der Fläche erhalten bleibt und ausgebaut werden kann,
- der Bau von Radwegen innerörtlich und überörtlich weiter gefördert wird,
- die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen aufrechterhalten bleibt,
- das DSL-Netz schnellstmöglich auf dem gleichen Niveau wie in den Großstädten ausgebaut wird,
- keine Ämter, Behörden und Gerichte in der Oberpfalz mehr geschlossen werden.



2. Gute Arbeit in der Oberpfalz

Auch wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, können wir nicht darüber hinwegsehen, dass viele Beschäftigungsverhältnisse weder den Ansprüchen, die wir an einen sozialen Schutzstandard sowie an Bezahlung, noch den Ansprüchen, die wir an "Gute Arbeit" stellen, genügen. Auch in der Oberpfalz haben Leiharbeitsverhältnisse und die Beschäftigung bei Werkvertragsunternehmen zugenommen. Reguläre Arbeitsverhältnisse werden vermehrt in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Berufseinsteiger werden häufig viel zu gering bezahlt oder müssen sich gar zunächst als unbezahlte Praktikanten bewähren. Das Einkommen vieler Arbeitnehmer ist so niedrig, dass sie sich und ihre Familien nicht ernähren können, so dass zusätzlich zum Arbeitseinkommen aufstockende staatliche Mittel in Anspruch genommen werden müssen. Gesetzliche Mindestlöhne sind deshalb ein Gebot der Stunde.

Nach wie vor weist die Oberpfalz, insbesondere in den Bezirken der Arbeitsagenturen Schwandorf und Weiden, einen hohen negative Pendlersaldo aus. So mussten im Jahr 2010 immer noch knapp 16000 Arbeitnehmer aus der nördlichen Oberpfalz aus- statt einpendeln. Die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km belastet deshalb gerade in der Oberpfalz viele Arbeitnehmer.



Neue Arbeitsplätze werden nicht von der Politik, sondern von Handwerkern und Unternehmern geschaffen. Die Politik kann nur, muss aber auch Unterstützung leisten und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die vielen innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Oberpfalz brauchen professionelle Starthilfen, Beratung und Unterstützung bei der Finanzierung von Entwicklungen und der Erschließung von Märkten, auch im Ausland. Die bestehenden Beratungs- und Fördermöglichkeiten sind unübersichtlich und verursachen einen hohen bürokratischen Aufwand und müssen vereinfacht und leichter zugänglich gemacht werden.

Trotz beachtlicher Erfolge der Oberpfalz muss es weiter möglich bleiben, regionale Ansiedlungen zu fördern und müssen die Programme zur Stärkung des Handwerks und der mittelständischen Unternehmen und die Förderung von Existenzgründungen fortgeführt und ausgebaut werden. Nur so wird es möglich sein, den kontinuierlichen Strukturwandel zu gestalten und durch einen stabilen Branchenmix Arbeitsplätze vor krisenhaften Entwicklungen in einen einzelnen Branchen zu schützen.



Dies wird unabhängig von den Vorgaben des Bundes und der EU nur gelingen, wenn der Freistaat seiner Verantwortung für die Strukturpolitik gerecht wird. Es ist ein landespolitisches Defizit, dass in keinem Bundesland die Unterschiede zwischen einzelnen Landesteilen so groß sind wie in Bayern. Die vielen "Offensiven" und "Aufbrüche" der Staatsregierung haben das regionale Gefälle nicht abgemildert, sondern zementiert.

Bei der Vermarktung des eigenen Profils der Oberpfalz sind erste Erfolge erzielt worden. Das Regionalmarketing muss deshalb erhalten und weiter gefördert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die EU-Regionalförderung in den oberpfälzischen Grenzgebieten auch in der neuen Förderperiode ab 2014 möglich bleibt, um das Fördergefälle zu Tschechien abzumildern,
- die Förderprogramme der EU für strukturschwache Gebiete in vollem Umfang dadurch nutzbar gemacht werden, dass der Staat finanzschwachen Kommunen hilft, die Kofinanzierung zu leisten,
- der Freistaat eine aktive Strukturpolitik nach dem Motto "Lichterketten statt Leuchttürme" betreibt,
- der Freistaat von den Plänen Abstand nimmt, seinen 26 % -Anteil an der Luitpoldhütte-AG zu veräußern,
- die Programme zur Förderung von Existenzgründungen, des Handwerks und von mittelständischen Unternehmen fortgesetzt und vereinfacht werden,
- die Gründerzentren in der Oberpfalz erhalten und weiter gefördert werden,
- das professionelle Regionalmarketing und Regionalmanagement in den Landkreisen und im Bezirk ausgebaut wird,
- an den Hochschulstandorten Technologietransferzentren mit dem Ziel gefördert werden, Ausgründungen zu unterstützen,
- auch in der Oberpfalz außeruniversitäre Spitzenforschungszentren errichtet werden,
- gewerbliche Schwarzarbeit und Dumpinglöhne durch die Zollbehörden wirksam bekämpft werden können.
- Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur weiter gefördert werden können.



3. Starke Oberpfalz nur mit starken Frauen

Frauen sind immer noch in vielen gesellschaftlichen Bereichen und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Die Gleichstellung ist noch längst nicht erreicht.

Arbeit ist ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer, die sog. "unbereinigte" Lohnlücke beträgt in Deutschland 23,1 %, in Bayern 23,4 %. In den Vorständen und Führungspositionen der großen Unternehmen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in der ersten Führungsebene beträgt nur 24 %, in der zweiten Führungsebene sind nur 33 % Frauen.

In der Oberpfalz liegt die Frauenerwerbsquote mit 68,7 % immer noch weit hinter der Erwerbsquote der Männer (84,2 %). Ein erheblicher Teil des Potentials gut ausgebildeter Frauen bleibt auch in der Oberpfalz ungenutzt.

Die meisten Frauen in der Oberpfalz möchten bzw. müssen außer Haus einem Beruf nachgehen, um die finanzielle Existenz zu sichern und möchten Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Hierfür bestehen speziell in der Oberpfalz hohe Hürden, da das Angebot an Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulklassen nicht ausreicht und der ÖPNV außerhalb der Städte nicht attraktiv ist.

Frauenarmut ist in ganz Deutschland ein ernstzunehmendes Problem. In der Oberpfalz sind besonders viele Frauen von Armut betroffen, bei den Frauen über 65 Jahre sind es 22 % (im Bundesdurchschnitt 16 %). Die Durchschnittsrente von Frauen liegt in Bayern bei 490 Euro, in der Oberpfalz noch darunter. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Teilzeitarbeit, Minijobs, Niedriglöhne und Erwerbsunterbrechungen wegen der Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen sind Armutsfallen und führen zu niedrigen Rentenansprüchen.

Die SPD hat Vorschläge zur Abmilderung des Problems erarbeitet. So wollen wir z.B., dass Löhne ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sind und dass Erziehungs- und Pflegezeiten stärker rentensteigernd wirken. Zur Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen muss die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion übernehmen. Für privatwirtschaftliche Unternehmen schlagen wir eine verbindliche Frauenquote vor.

Gewalt gegen Frauen kommt in allen Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung vor. Dennoch sind die Hilfsangebote für betroffene Frauen nirgendwo so gering wie in Bayern. Die vier Frauenhäuser in der Oberpfalz sind trotz der Möglichkeit, gewalttätige Männer aus der gemeinsamen Familienwohnung zu verweisen, permanent ausgelastet. Der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen war und bleibt ein wichtiges Anliegen der SPD.

Wir setzen und dafür ein, dass

- die Gleichstellung in der Arbeitswelt endlich Wirklichkeit wird,
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird,
- Familienarbeit und Beruf besser vereinbar werden,
- Frauenarmut verhindert wird,
- in der gesamten Oberpfalz arbeitszeitgerechte, qualifizierte und bezahlbare Kinder-Betreuungsplätze geschaffen werden,
- das Angebot an Ganztagschulklassen in allen Schularten ausgeweitet wird,
- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ausgeweitet werden,
- die Arbeit in sozialen Berufsfeldern, in denen überwiegend Frauen tätig sind, ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend aufgewertet und besser bezahlt wird,
- Erziehungs- und Pflegezeiten stärker rentensteigernd anerkannt werden,
- das Ehegattensplitting für neue Ehen abgeschafft und durch eine Individualbesteuerung mit Berücksichtigung von Erziehungszeiten ersetzt wird,
- Gewalt gegen Frauen und jegliche Art von Sexismus geächtet und bekämpft werden,
- der Bedarfsschlüssel für Frauenhäuser dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird,
- die Grundfinanzierung der Frauenhäuser regelmäßig an die Kostensteigerungen angepasst wird,
- die Zuschüsse zum Betrieb von Frauennotrufen und Fachberatungsstellen erhalten und bedarfsgerecht angehoben werden und
- wohnortnah Kriseninterventionsstellen eingerichtet werden.



4. Beste Bildung in der Oberpfalz

Gute Bildung und Ausbildung sind nicht nur der Schlüssel für beruflichen Erfolg, sondern ein Menschenrecht und unserem sozialdemokratischen Grundverständnis gemäß ein Teil der Emanzipation. Bildung beginnt bereits im vorschulischen Alter und wird mit einer Berufsausbildung und/oder einem Studium nicht abgeschlossen, sondern dauert lebenslang an.

Frühkindliche Bildung und Erziehung bilden das Fundament für einen guten Start ins Leben. Es ist deshalb gut, dass es ab dem Schuljahr 2013/14 einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte gibt. Wir unterstützen die Gemeinden und sonstigen Träger beim Ausbau von Kindertagesstätten und Kinderhorten und wollen, dass die Öffnungszeiten bedarfsgerecht gestaltet werden.

Ganztägige Betreuung ist nicht nur in Kindertagesstätten, sondern auch an den Schulen erforderlich und in den meisten Nachbarländern längst Realität. Wir treten deshalb für die Schaffung weiterer gebundener Ganztagsklassen an allen Schularten ein.

Zurückgehende Schülerzahlen sind die Chance, die Kinder in kleineren Klassen besser zu fördern. Wir setzen uns für den Erhalt von wohnortnahen Grundschulen ein. Dies entspricht den Bedürfnissen der Kinder und der jeweiligen Gemeinde.



Das dreigliedrige Schulsystem nach der Grundschule führt zu einem erbarmungslosen Leistungsdruck bereits für Neun- und Zehnjährige. Nach der Schließung der Teilhauptschulen will die Staatsregierung das Überleben der Hauptschulen durch eine Umetikettierung zu Mittelschulen sichern. Obwohl viele Lehrerinnen und Lehrer engagierte Arbeit an den Hauptschulen in der Oberpfalz leisten, geht die Schülerzahl insbesondere deshalb zurück, weil immer mehr Eltern ihre Kinder an den Realschulen und Gymnasien anmelden. Angesichts zurückgehender Schülerzahlen ist mancherorts bereits ein Kampf um die Kinder entbrannt, der nach der Einführung der 6-jährigen Realschule von dieser Schulart gewonnen wird, zumal die Übertrittsquote an die Gymnasien in der Oberpfalz noch deutlich geringer ist als z.B. im Großraum München.



Die strikte Trennung der Schüler bereits nach der vierten Klasse ist wegen des damit einhergehenden Drucks auf Schüler und Eltern pädagogisch schädlich, führt dazu, dass die Mittelschulen als "Restschulen" verstanden und abqualifiziert werden und produziert viele Verlierer. Als bessere Alternative hierzu schlagen wir vor, dass zusätzlich zu den bestehenden Schularten für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden können. Mit dieser zusätzlichen Schulart wird es ermöglicht, wohnortnah Schulstandorte zu erhalten, individuelle Fördermöglichkeiten anzubieten und den mittleren Schulabschluss zu erwerben. Im Anschluss daran kann eine dreijährige Oberstufe angegliedert werden.

An den Berufs- und Fachoberschulen in der Oberpfalz erwerben fast so viele Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung wie an den Gymnasien. Wir wollen diese Schularten deshalb auch beim Rückgang der Schülerzahlen erhalten und ausbauen.

Eine weitere Konzentration der Berufsschulbildung lehnen wir ab, weil sie gerade in der flächenmäßig großen Oberpfalz dazu führt, dass Berufswünsche nicht realisiert werden können, da die entsprechende Berufsschule nicht erreichbar ist.

Nicht erst seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechte-Konvention geht es darum, dem Anspruch auf inklusive Bildung zu genügen. Die 2011 einstimmig im Landtag beschlossene Änderung des Bay. Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes ist für uns ein erster großer Schritt hin zu dem Ziel, die Inklusion an den Schulen Wirklichkeit werden zu lassen. Damit dies gelingt, müssen ausreichend gut ausgebildete pädagogische Mitarbeiter vorhanden sein und dürfen die Kosten für den barrierefreien Umbau von Schulgebäuden nicht ausschließlich den Gemeinden und Landkreisen als Sachaufwandsträgern aufgebürdet werden.

Die Errichtung der Universität Regensburg und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Regensburg und Amberg-Weiden waren strukturpolitische Meilensteine in der Oberpfalz. Die Hochschulen sind leistungsfähig und haben einen wesentlichen Anteil daran, dass im Umfeld Forschungseinrichtungen und qualifizierte Arbeitsplätze entstanden sind. Wir wollen Forschung und Lehre an der Universität stärken und unterstützen das Vorhaben, die Hochschulen Regensburg und Amberg-Weiden zu einer "Ostbayerischen Technischen Hochschule" aufzuwerten.

Die Staatsregierung hat die Universität verkommen lassen, so dass ein gewaltiger Sanierungstau entstanden ist. Wir treten deshalb für die Beschleunigung der Sanierungsmaßnahmen ein. Der Erhalt der Wohnheimplätze für behinderte Studierende und die Schaffung zusätzlicher Wohnheimplätze, insbesondere in Regensburg, bleiben auf der Tagesordnung.

Die von der CSU-Mehrheit beschlossene Einführung von Studiengebühren haben wir von Anfang an abgelehnt, weil sie zu Ungerechtigkeiten führen und junge Menschen davon abhalten zu studieren. Neben vielen parlamentarischen Initiativen haben wir eine Massenpetition für die Abschaffung der Studiengebühren gestartet und mitgeholfen, dass das Volksbegehren erfolgreich geworden ist und jetzt die Studiengebühren abgeschafft werden.

Angesichts der Notwendigkeit lebenslangen Lernens halten wir es für erforderlich, die Weiterbildungsangebote an den Hochschulen auszubauen und die Förderung der Volkshochschulen zu verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- alle Kinder möglichst früh, individuell und möglichst intensiv ihren Begabungen gemäß gefördert werden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer Nationalität,
- der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte gewährleistet wird,
- die Kindergärten als vorschulische Bildungseinrichtungen anerkannt werden,
- die vorschulische Bildung und Erziehung kostenfrei angeboten wird,
- Ganztagsangebote an allen Schularten ausgeweitet werden,
- die Gemeinschaftsschule als zusätzliche neue Schulart eingeführt werden kann,
- die Schulsozialarbeit ausgebaut wird,
- für jede Gruppe einer schulvorbereitenden Einrichtung eine zweite Kraft zur Verfügung gestellt wird,



- Grundschulen und Mittelschulen wohnortnah erhalten bleiben,
- auch die kleineren Berufsschulstandorte erhalten bleiben,
- das Ziel der Inklusion mit Nachdruck verfolgt wird,
- den vielen Junglehrerinnen und Junglehrern aus der Oberpfalz, die in Oberbayern eingesetzt sind, eine realistische Option auf unbefristete Stellen in der Oberpfalz geboten wird,
- die bauliche Sanierung der Universität Regensburg beschleunigt vorangetrieben wird,
- die Hochschulen Regensburg und Amberg-Weiden zu einer "Ostbayerischen Technischen Hochschule" weiterentwickelt werden,
- der Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Universität dauerhaft gesichert wird,
- weitere Wohnheimplätze, insbesondere in Regensburg, geschaffen werden,
- die Erwachsenenbildung und Weiterbildung stärker gefördert werden.





5. Politik für junge Menschen

Die Jugend ist besser als ihr Ruf. Viele junge Menschen in der Oberpfalz engagieren sich trotz eines immer größer werdenden Angebots an Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und trotz des Drucks in Schule, in der Ausbildung und im Studium in Vereinen und Verbänden.

Die Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke sind für die meisten Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit und wesentlicher Teil ihrer Kommunikation.

Viele Jugendliche engagieren sich in lokalen Bündnissen und im Netz gegen Rechtsextremismus. Wir begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und wollen es fördern, anstatt es zu behindern.

Auch in der Oberpfalz leben Kinder und Jugendliche in Armut und es fehlen vielerorts attraktive Ausbildungsmöglichkeiten. Zentrales Anliegen der Politik muss es deshalb sein, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen und allen Kindern- und Jugendlichen in der Oberpfalz beste und ihren Neigungen entsprechende Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verschaffen (siehe Abschnitt "Beste Bildung in der Oberpfalz"). Dies gilt auch und gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.



Wir setzen uns dafür ein, dass

- in den Gemeinden Jugendtreffs und Jugendzentren erhalten und nach den Bedürfnissen der Jugendlichen vor Ort ausgebaut werden,
- in den Gemeinden Jugendbeauftragte und Jugendbeiräte zur direkten Partizipation junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen installiert werden,
- ehrenamtlich aktive Jugendliche bestmöglich unterstützt werden,
- die Mittel für die verbandliche und offene Jugendarbeit trotz des Rückgangs der Zahl junger Menschen mindestens stabilisiert, nach Möglichkeit ausgebaut werden,
- flächendeckend Breitband-Internet zur Verfügung steht und öffentliche WLAN-hotspots eingerichtet werden,
- die Extremismusklausel und weitere bürokratische Erschwerungen des Engagements junger Menschen gegen den Rechtsextremismus beseitigt werden,
- im ÖPNV auf die Bedürfnisse junger Menschen eingegangen wird und z.B. Disco-Busse oder 50/50-Taxis erhalten oder neu eingerichtet werden,
- die Mittel für den Bezirksjugending in angemessener Höhe erhalten bleiben.



6. Soziale Politik in der Oberpfalz

Die wichtigsten sozialpolitischen Weichenstellungen werden im Bundestag vorgenommen. Dort wird über die Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus, die effektive Förderung von Familien mit Kindern, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Schichten der Bevölkerung auch in den ländlichen Räumen und das Problem der Finanzierung der Kosten einer humanen Pflege von immer mehr pflegebedürftigen Menschen entschieden. Doch auch das Land, der Bezirk und die Kommunen sind Akteure der Sozialpolitik.

Der Bezirk Oberpfalz verfügt über hervorragende medizinische- und Maßregelvollzugseinrichtungen (Bezirkskrankenhäuser Regensburg und Wöllershof, Drogenklinik Parsberg, Jugendpsychiatrie), die durch eine Jugendforensik-Einrichtung am Bezirkskrankenhaus Regensburg ergänzt werden.

Bei der Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern in den ländlichen Gebieten und der Schaffung ausreichender und humaner Pflegeeinrichtungen, der Inklusion von Menschen mit Behinderung und der Sicherstellung eines funktionierenden Rettungswesens und Katastrophenschutzes sind auch die Kommunen in der Pflicht. Die Schaffung ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen ist überwiegend Aufgabe der Kommunen. Die kommunalen Ebenen dürfen bei der Aufbringung der Mittel für die Sozial- und Jugendhilfe nicht allein gelassen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in allen Gemeinden erfüllt wird,
- in den Städten und Gemeinden Netzwerke zur gegenseitigen Hilfe von jung und alt geschaffen werden,
- flächendeckend Beratungs- und Hilfsangebote für Familien geschaffen werden,
- die Hausarztversorgung auch in dünn besiedelten Gebieten aufrechterhalten bleibt, wobei wir Anreizsysteme für Ärzte unterstützen,
- Krankenhäuser wohnortnah erhalten bleiben,
- das Netz der Notarztstandorte ausgebaut wird,
- die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen weiter ausgebaut werden,
- ein dichtes Netz von Pflegestützpunkten installiert wird,
- mehr alten- und behindertengerechte Wohnungen geschaffen und gemischte Wohnformen unterstützt werden,
- die Bezirkskrankenhäuser als öffentliche Einrichtungen erhalten und nicht privatisiert werden und begrüßen deshalb die Rückkehr der MedBO in eine öffentlich-rechtliche Rechtsform,
- die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Finanzierung der Kosten für die Jugendhilfe nicht allein gelassen werden,
- der öffentlich-rechtliche Rettungsdienst nicht durch private Anbieter verdrängt wird,
- die Angehörigen freiwilliger Hilfsorganisationen bei Katastrophenschutzsätzen und -übungen endlich mit den Angehörigen der Feuerwehren und des THW gleichgestellt werden,
- das Nachtflugverbot für den Rettungshubschrauber am Standort Latsch aufgehoben wird,
- Asylbewerber nicht länger gezwungen werden, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen.
- die Schuldnerberatung weiter gefördert wird,
- die Verbraucherschutzorganisationen ihr Beratungsangebot in der Oberpfalz erhalten und ausbauen können.



7. Politik für eine älter werdende Gesellschaft

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger werden immer mehr und sind eine Bereicherung für die Oberpfalz. Wir sind froh, dass die Lebenserwartung steigt, sehen es nicht als Belastung an, dass im Jahr 2030 die Hälfte der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein wird und wehren uns gegen jeden Versuch, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen. Vielmehr sehen wir im Zusammenhalt der Generationen und im Erfahrungsschatz der Älteren eine Chance für die Zukunft.

Die meisten Angehörigen der "Generation 60plus" sind aktiv und rüstig und wollen ihre Fähigkeiten sowohl im Arbeitsleben als auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich einbringen. Wir wehren uns deshalb dagegen, die Älteren als überwiegend betreuungs- und pflegebedürftige Lasten zu betrachten und abzuqualifizieren. Natürlich brauchen Ältere am Arbeitsplatz oft andere Bedingungen als die Jüngeren und in der Regel mehr medizinische und pflegerische Betreuung im täglichen Leben und haben oft auch größere Ansprüche an ihr Wohnumfeld, das meist auch barrierefrei sein soll, als die Jüngeren. Sie wollen, dass es ihnen ermöglicht wird, in ihrer gewohnten Umgebung weiterleben zu können wie bisher. Hierauf müssen sich die gesamte Gesellschaft, die Arbeitswelt und insbesondere die Kommunen zukünftig besser einstellen.

Weil die Gesellschaft insgesamt älter wird, ist es so wichtig, im Bereich der Sozialversicherung die Weichen richtig zu stellen. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung für alle, nicht nur zur Finanzierung der Krankheitskosten, sondern auch der Pflegeeinrichtungen. An der gesetzlichen umlagefinanzierten Rentenversicherung mit einer lebensstandardsichernden Altersversorgung halten wir fest.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Rahmenbedingungen für die Älteren und ihr Umfeld überall in der Oberpfalz verbessert werden,
- mehr altersgerechte Arbeitsplätze und -bedingungen geschaffen werden,
- an den Volkshochschulen mehr Bildungsangebote an den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren ausgerichtet werden,
- die Gesundheitsvorsorge einen höheren Stellenwert erhält,
- die Mobilität der Älteren auch in ländlichen Gebieten durch attraktive und barrierefreie ÖPNV-Angebote erhalten bleibt und verbessert wird,
- das Programm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern fortgeführt wird,
- das 2009 eingestellte Modellprogramm "Generationenübergreifende Freiwilligendienste" wieder aufgenommen wird,
- in den Landkreisen seniorenrechtliche Gesamtkonzepte erstellt werden,
- Angebote für Tagespflege, Kurzzeitpflege, ambulant betreute Wohngemeinschaften und vollstationäre Pflegeeinrichtungen geschaffen und ausgebaut werden,
- die Zahl der Palliativstationen in den Krankenhäusern erhöht wird,
- auch in der Oberpfalz die UN-Behindertenrechte-Konvention flächendeckend umgesetzt wird, um Menschen mit Behinderung eine volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

8. Ländlicher Raum in der Oberpfalz

Der größte Teil der Oberpfalz ist ländlich strukturiert. Der ländliche Raum ist mehr als nur Schlafstätte für Auspendler oder Erholungsraum für die Menschen aus den Ballungsregionen. Es geht nicht darum, den ländlichen Raum zu verstädtern, sondern darum, gleichwertige Lebensbedingungen überall im Freistaat zu schaffen, ohne den Charakter und die Attraktivität des ländlichen Raums gegenüber den Ballungsregionen zu nivellieren. Wir haben einen entsprechenden Vorschlag zur Ergänzung der Bayerischen Verfassung vorgelegt, der zusammen mit anderen Änderungsvorschlägen am Tag der Landtagswahl dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Staatsregierung in dem geplanten neuen Landesentwicklungsprogramm auf jeden Gestaltungsanspruch verzichten will.

Zwar stellen die Land-, Forst- und Teichwirtschaft nach wie vor wichtige Wirtschaftsfaktoren dar, doch geht ihre Bedeutung zurück. Auch im ländlichen Raum sind die Menschen auf attraktive Arbeitsplätze in Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen angewiesen. Neben einer guten Verkehrsanbindung und Infrastruktur mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Ärzten, Krankenhäusern, Ämtern und Behörden gehört der Anschluss an schnelles Internet zu den Grundvoraussetzungen, damit in ländlichen Gebieten gleichwertige Lebensbedingungen und Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können.



Wir setzen uns dafür ein, dass

- gezielt Strukturpolitik zur Stärkung des ländlichen Raums und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse betrieben wird,
- die Instrumente des LEP genutzt werden, um die grundlegenden Zielvorstellungen der Landesentwicklung umzusetzen,
- die Grundversorgung mit Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten erhalten bleiben,
- die bäuerliche Landwirtschaft überleben kann und Landwirte faire Preise für gesunde Nahrungsmittel erzielen,
- die Direktvermarktung regionaler Produkte ausgebaut wird,
- der Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen gestoppt wird,
- die Forstwirtschaft an den Grundsätzen der Ökologie und Nachhaltigkeit ausgerichtet wird,
- die Zersiedelung gestoppt und der Flächenverbrauch reduziert wird,
- die Naturparks und Naturschutzgebiete in der Oberpfalz erhalten bleiben,
- die Staats- und Kreisstraßen ihrer Verkehrsbedeutung gemäß unterhalten und ausgebaut werden,
- Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen ausgewiesen werden,
- die Naherholungsfunktion des ländlichen Raums erhalten und die Chancen des Tourismus, auch im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn in der Tschechischen Republik durch die Förderung der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes überall genutzt werden können.



9. Umwelt und Energiewende

Nicht erst der Klimawandel zwingt zu einem sorgsamem Umgang mit Umwelt, Natur und Energie. Die Oberpfälzerinnen und Oberpfälzer haben bereits bei der Auseinandersetzung um die WAA erkannt, dass umgesteuert werden muss. Es ist zwar spät, aber gut, dass die Bundesregierung unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima endlich ihren Versuch, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern, aufgegeben hat. Die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende sind allerdings unzureichend und untauglich, weil die Kosten der Energiewende allein bei den Verbrauchern abgeladen werden sollen und die Gefahr besteht, dass neue Monopole entstehen. Es geht vordringlich darum, alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu nutzen und zu fördern, anstatt Großverbraucher zu entlasten, regenerative Energien zu fördern, anstatt zu bremsen und die Netzinfrastruktur auf die dezentrale Energieerzeugung in vielen kleinen Anlagen auszurichten. Das Gelingen der Energiewende wird auch davon abhängen, dass die Akzeptanz nicht durch unmäßige Verteuerungen gefährdet wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- alle technisch möglichen und finanziell vertretbaren Maßnahmen zur Energieeinsparung ergriffen werden, von der Dämmung von Gebäuden bis zur Elektromobilität,
- Förderprogramme zur energetischen Sanierung öffentlicher und privater Gebäude ausgeweitet werden,
- dass die Kommunen bei der Energieeinsparung in ihren Liegenschaften, bei ihren Fuhrparks und bei der Straßenbeleuchtung beraten und gefördert werden und eine Vorbildfunktion für Private einnehmen können,
- Standorte für alternative Energiegewinnungsanlagen ausgewiesen werden,
- die Gemeinden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Festsetzungen für energieeffizientes Bauen vornehmen,
- kommunale Stadtwerke erhalten bleiben und möglichst schnell auf erneuerbare Energien umstellen,
- die Stromnetze in kommunaler Hand bleiben bzw. wieder zurückgekauft werden,
- die bisherige Politik der Verhinderung des Baus von Windkraftanlagen in der Oberpfalz beendet wird,
- Blockheizkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen errichtet werden,
- die Entwicklungen der Hochschule Amberg-Weiden im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz für die Kommunen nutzbar gemacht werden,
- in der Oberpfalz eine Modellregion für die dezentrale und regenerative Energieerzeugung geschaffen wird.



10. Kommunen stärken

Die Selbstverwaltung der Kommunen ist ein hohes Gut. Sie wird gefährdet durch den "goldenen Zügel" der Staatsregierung, die Überbürokratisierung, Tendenzen zur Privatisierung öffentlicher Aufgabe der Daeinsvorsorge und die Auslagerung von Aufgaben in fast nicht mehr kontrollierbare Organisationen des privaten Rechts. Unabhängig von konjunkturellen Einflüssen leiden viele Gemeinden, insbesondere in der nördlichen Oberpfalz, trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen und der Verteilungsmasse der Schlüsselzuweisungen an Finanznot, die die Handlungsfähigkeit erschwert.

Trotz des auf Drängen der SPD in die Bayerische Verfassung aufgenommenen Konnexitätsprinzips bürdet der Staat den Gemeinden und Landkreisen immer mehr Aufgaben auf, ohne die Kosten vollständig zu ersetzen. Es darf nicht so bleiben, dass sich der Staat zu Lasten der Kommunen entschuldet. Unsere Vorschläge, die Verbundmasse bei den Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, die Folgen des Rückgangs der Bevölkerungszahl in einzelnen Gemeinden und Landkreisen stärker zu gewichten und finanzschwache Gemeinden und Landkreise bei der Ko-Finanzierung von EU-Programmen zu unterstützen, wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Kommunen.

Wir treten auf Landes- und Bundesebene für den Erhalt der Programme zur Städtebauförderung und Dorferneuerung und für die effektive Förderung des Wohnungsbaus ein.



Die bisherigen Vorgaben der Landesplanung haben nicht verhindert, dass sich die Siedlungstätigkeit immer weiter von den Orts- und Stadtkernen entfernt und sich "auf der grünen Wiese" und an verkehrsgünstigen Einfahrtsstraßen Einkaufszentren etabliert haben. Viele Innenstädte können der Konkurrenz nicht mehr standhalten und veröden. Es ist Aufgabe der Landesplanung und der Kommunen, diese Entwicklung zu stoppen und dafür zu sorgen, dass wieder Leben in die Innenstädte zurückkehrt.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt wird,
- die Zuweisungen an steuerschwache und von Abwanderung bedrohte Gemeinden und Landkreise erhöht werden,
- die Kürzung staatlichen Zuschüsse zu kommunalen Investitionen zurückgenommen wird,
- der Freistaat die Kosten für eine moderne Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, die Schulsozialarbeit und die Ganztagschulklassen vollständig übernimmt,
- die Programme zur Städtebauförderung, zur Dorferneuerung, den sozialen Wohnungsbau und die Revitalisierung von Orts- und Stadtkernen weitergeführt und ausgebaut werden,
- die kommunale Daseinsvorsorge, von der Wasserversorgung bis zur Abfallentsorgung in kommunaler Verantwortung bleibt,
- die Mittel zur Belebung von Innenstädten erhalten bleiben.
- die öffentlich-rechtlichen Sparkassen erhalten bleiben.



11. Sicher leben in der Oberpfalz

Ohne Angst vor Kriminalität leben zu können, ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Das Ziel, in Sicherheit und Freiheit leben zu können, kann am besten durch eine gerechte Sozialpolitik erreicht werden und wenn bereits im Bildungsbereich Frühprävention betrieben wird. Genauso wichtig ist es, insbesondere jungen Menschen Perspektiven und Mitsprachemöglichkeiten zu bieten, sie in die Gesellschaft zu integrieren, statt auszugrenzen.

Die Kriminalitätsbelastung in der Oberpfalz ist objektiv relativ gering, die Aufklärungsquote ist dank des engagierten Einsatzes der Polizei hoch. Voraussetzung für eine effektive Strafverfolgung sind eine ausreichende Zahl von Richtern und Staatsanwälten und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendgerichtshilfe, bei der Bewährungshilfe und in den Justizvollzugsanstalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- bereits in den Schulen Kriminalprävention betrieben wird,
- die Jugendgerichtshilfe in den Landkreisen und kreisfreien Städten personell so ausgestattet wird, dass sie ihre Aufgaben erledigen kann,
- die Personalstärke im Streifendienst der Polizei bei allen Polizeiinspektionen und -stationen den objektiven Erfordernissen angepasst wird,
- das hohe Durchschnittsalter der Polizeibeamten durch Rückversetzung junger Beamter in die Oberpfalz abgesenkt wird,
- der Digitalfunk für die Polizei beschleunigt in Betrieb genommen wird,
- die Bundespolizeistandorte erhalten bleiben und langdauernde Abordnungen an den Flughafen München beendet werden,
- die Zusammenarbeit mit den tschechischen Sicherheitsbehörden intensiviert wird,
- das gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Schwandorf auf Dauer erhalten und ausgebaut wird,
- die Anstrengungen zur Eindämmung der Herstellung von Crystal Speed und anderer synthetischer Drogen in der Tschechischen Republik fortgeführt und intensiviert werden,
- alle politischen und polizeilichen Anstrengungen zur Verhinderung der Einfuhr von Crystal Speed und anderer Drogen unternommen werden,
- die schon bestehenden Maßnahmen zur Prävention von Drogenkonsum verstärkt werden,
- die Schleierfahndung in dem erforderlichen Umfang fortgeführt wird,
- die Staatsanwaltschaften und Gerichte in der Oberpfalz mit ausreichend Mitarbeitern ausgestattet werden,
- mehr Bewährungshelfer angestellt werden, damit die Probanden angemessen betreut werden können,
- das Präventionsprojekt "Kein Täter werden" auf Dauer fortgesetzt werden kann,
- in den Justizvollzugsanstalten genügend Mitarbeiter zur Verfügung stehen, um Therapiemaßnahmen anbieten zu können,
- Initiativen zur Betreuung von Gefangenen und Haftentlassenen gefördert werden,
- Polizeibeamte beim Einsatz in geschlossenen Verbänden identifiziert werden können.



12. Kein Platz für Rechtsextremisten in der Oberpfalz

Auch in der Oberpfalz sind rechtsextremistische Strukturen vorhanden, die immer häufiger nicht nur im Netz, sondern auch auf den Straßen und Plätzen in Erscheinung treten. Erfreulicherweise haben sich in vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden parteiübergreifende Bündnisse gegen Rechtsextremismus gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Präventionsarbeit zu leisten und gegen Rechtsextremismus Gesicht zu zeigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus professionell unterstützt und vernetzt werden,
- die Versammlungsbehörden die Öffentlichkeit über von Rechtsextremisten geplante Veranstaltungen informieren,
- die Kommunen beraten werden, wie der Erwerb von Immobilien durch Rechtsextremisten verhindert werden kann,
- die bereits bestehenden Projekte "Schule ohne Rassismus" weiter gefördert werden,
- in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit und der Bildungsarbeit der Träger der Erwachsenenbildung Projekte gegen Rechtsextremismus ausgebaut werden.

13. Kunst und Kultur in der Oberpfalz

Die Oberpfalz hat nicht nur ein reiches historisches Erbe und von Landkreis zu Landkreis unterschiedliche kulturelle Traditionen, sondern auch eine lebendige Kulturszene, die zwar gefördert werden muss, aber nicht staatlich bevormundet werden darf. Es ist nicht Aufgabe der Politik, Kunst und Kultur zu verordnen und zu administrieren, sondern dafür zu sorgen, dass sich das kulturelle Leben in all seinen Formen und Ausprägungen, von Newcomer-Festivals, sog. Kleinkunst bis zu Festspielen und Opernaufführungen, von Stuben-Musik im Wirtshaus bis zu Oratorienchören, von Schülertheatern bis zum Landes- und Stadttheater entwickeln kann. Die Bildende Kunst braucht nicht nur Museen, sondern auch Darstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, Galerien und Ausstellungs- und Begegnungsräume wie z.B. das Oberpfälzer Künstlerhaus in Schwandorf.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- das Stadttheater in Regensburg genauso gefördert wird wie die Bühnen in München oder Nürnberg,
- das Landestheater Oberpfalz auf eine gesicherte finanzielle Basis gestellt wird,
- die in vielen Gemeinden stattfindenden Freilichtfestspiele gefördert und professionell vermarktet werden,
- die bestehenden Museen in der Oberpfalz auch nach dem Bau des Museums für bay. Geschichte in Regensburg weiter gefördert werden,
- das Industrie- und Bergbaumuseum Theuern ein Landesmuseum wird,
- der Staat und die Gemeinden auch weiterhin Kunst im öffentlichen Raum und in öffentlichen Bauten finanzieren,
- das Centrum Bavaria-Bohemia (CEBB) in Schönsee langfristig gesichert wird,
- der finanzielle Spielraum des Bezirks zur Förderung der Kunst- und Kulturpflege nicht geschmälert wird.

14. Christian Ude und die SPD wählen !